



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/293 - 20. Dezember 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Bestürzung in Pankow	S. 1
Kolonialkrüde Franzosen - Frankreich am Jahreswechsel	S. 3
Kurzbeitrag zum Thema Grosse Koalition	S. 5
Eine gute Formel der "Neuen Zürcher"	S. 6

## Ostberliner Nachklänge zu John

EZ-Berlin

Ausser der lakonischen Mitteilung des regierungsamtlichen sowjetzonalen Nachrichtenbüros ADN, dass "John sich entschlossen habe, seinen Kampf gegen den Neofaschismus in Westdeutschland fortzusetzen", liegt von offizieller Pankower Seite bisher keine Reaktion auf die Flucht Johns vor. Ein Blick hinter die Kulissen des Pankower Regierungs- und Parteiapparates zeigt jedoch, wie gross die Bestürzung hier über diesen mehr als unplanmässigen Vorfall ist.

Die Funktionäre in den Parteiapparaten, in der Parteipresse, im Staatlichen Rundfunkkomitee waren sofort nach Bekanntwerden der Westflucht von John zu Besprechungen zusammengerufen worden. Da an diesem Tag gerade die Weihnachtsgelder an die staatlichen Angestellten ausgezahlt wurden, blieben die Buchhalter, was die Weihnachtsgartifikationen für diese Spitzenfunktionäre betrifft, auf ihren Geldern sitzen, da der Fall John natürlich keine Zeit für die Abholung der staatlichen Weihnachtsspende liess.

Der Leiter des Presseamtes bei der Regierung, Herr Beyling, glaubte zunächst, die Sache mit dem Hinweis abtun zu können, dass ausser der wenige Zeilen umfassenden ADN-Mitteilung nichts über den Fall John veröffentlicht werden dürfe. Vor allem dürfe kein eigener Kommentar publiziert werden. Zu gegebener Zeit wolle man den Redaktionen der Sowjetzonenzeitungen eine Auswahl von westlichen - 2 -

Pressestimmen zum Fall John zur Verfügung stellen. Obwohl sich Beyling angesichts der allgemeinen Unruhe unter den Mitgliedern der Pressekonferenz sehr strikt jede weitere Frage zu diesem Thema verboten hatte, konnte er es nicht verhindern, dass selbst einige linientreue Redakteure weitere Angaben mit dem Argument verlangten, die amtliche ADN-Mitteilung sei so lächerlich, dass man sich damit vor der Bevölkerung nur blamieren könne. Export über diese Rebellion der Konferenzteilnehmer gegen das amtliche Schweigeverbot brach der Konferenzleiter Beyling einfach die Diskussion über diesen Punkt ab.

Seitdem ist es in Pankow bei diesem "Kein Wort zum Fall John" geblieben. Umsomehr beschäftigt man sich hinter verschlossenen Türen mit diesem für die SED-Regierung blamablen Ereignis. Auf einer internen Besprechung bürgerlicher Politiker erklärte z.B. Nuschke, es sei unangenehm, ja sogar verhängnisvoll, dass durch den Übertritt Johns zum Westen der Eindruck entstehe, das Leben in dem westlichen Gefängnis sei verlockender als ein Leben in der Freiheit der DDR.

Umgekehrt ist man in SED-Funktionärkreisen in Ostberlin nicht ganz ohne Schadenfreude, dass man der bürgerlichen Satellitenpartei, der CDU, im Zusammenhang mit dem Fall John vielleicht eines auswichen könnte. Es ist nämlich in massgebenden SED-Kreisen nicht unbekannt geblieben, dass die CDU-Parteileitung erst auf ihrer vor wenigen Tagen durchgeführten Hauptvorstandssitzung in Weimar, an der auch Herr John als Gast teilnahm, im Auftrag des ZK der SED den Versuch machte, eben diesen Überläufer John für eine Kontaktaufnahme zu bestimmten Kreisen in einigen Hauptstädten Westeuropas zu benutzen. Die bürgerliche Satellitenpartei Nuschkes könnte nun als besonderes Opfer der blamablen Angelegenheit an den Pranger gestellt werden und somit von der Blamage der Hauptbeteiligten ablenken.

Die Pankower Regierung hatte, wie jetzt in politischen Kreisen Ostberlins ziemlich offen diskutiert wird, John nicht nur von sich aus finanziell sehr gut gestellt, sondern auch durch Anweisungen dafür gesorgt, dass die Artikel Johns, die in den Ostberliner Zeitungen veröffentlicht wurden, mit extra hohen Honoraren bedeckt werden mussten. So erhielt John z.B. für seine Beiträge weit höhere Honorare als sie etwa Herr Nuschke, Herr Lock oder Herr Bolz für ihre eigenen publizistischen Ergüsse in ihren Parteiorganen einstrichen. Herr John hat, wie man sich erzählt, die Sowjetzone ohne Honorarforderungen verlassen, da er alles prompt einkassiert hatte.

## "Wir pfeifen auf Afrika"

Die Revolte der französischen Reservisten - verpönte Kolonialkrieg

b.v. Paris

Der General war heftigst kritisiert worden. Er hatte, es geschah in der durch ihre Bauten berühmten Stadt Rouen, Reservisten, die nach Afrika geschickt werden sollten und den Gehorsam verweigerten, gut zugeredet. Dann hatte er sie in die Kaserne geschickt und gesagt, die Regierung werde ganz gewiss ihre, der Reservisten, Sorgen begreifen. Statt so zu handeln, hätte der General die ganze Bande vor das Kriegsgericht bringen sollen, riefen empört die Patrioten.

Der weise und überlegte General aber hätte die "Bande" gar nicht so einfach vor das Kriegsgericht bringen können. Die Situation ist ein wenig verwickelt, denn wenn die Zeitungen im allgemeinen von den "Kämpfen und Unruhen in Nordafrika" berichten, so handelt es sich dabei doch um zwei sehr verschiedene Phänomene. Spielen sich die Unruhen in Marokko oder Tunesien ab, so sind sie auf Gebiete beschränkt, die heute unabhängige, mit Frankreich vertragsmässig aufs Engste verbundene Staaten darstellen, die bis vor kurzen als Protektorate galten. Spielen sie sich hingegen in Algerien ab, so geht es um ein Gebiet, das, wenigstens bis heute, gesetzlich ein Bestandteil Frankreichs ist. Man kann aber nicht gut mit einem Teile seines eigenen Landes im Kriege liegen, und so galten für die Ansprüche der eingezogenen Reservisten denn auch nicht die bei einem erklärten Kriege üblichen Rücksichtnahmen.

So rief mancher Reservist: "Zur Hölle mit dem afrikanischen Aufstand" und verlangte Garantien. Kaum hatten die ersten Reservisten "gestreikt", als die Regierung eine Reihe von Erlassen herausgab, die wenigstens die wichtigsten Sorgen der jungen Männer unnötig machten. Doch blieben noch etliche, keinesfalls unwichtige Fragen ungelöst. Eine nach der anderen wurden sie dann teils geklärt, teils wenigstens einer Klärung nahegebracht.

### Schwere Opfer an Gut und Blut

Das ändert nichts daran, dass der Krieg in Afrika unpopulär war, ist und auch vermutlich bleiben wird. Nicht, dass "das Volk" keinen Begriff von den Werten hätte, um die es geht. Aber dieses Volk hat Jahre hindurch einen Krieg erlebt, der auf einem Schauplatz vor sich ging, der unvergleichlich ferner von Frankreich liegt, als Nordafrika: den als "dreckigen Krieg" bezeichneten Feldzug in Indochina, der mit dem vollständigen Verlust dieser Riesenkolonie endete. Er zehrte am Mark Frankreichs. Er unterhält die Währung. Er kostete enorme Opfer an Gut und Blut.

Bei allem griff er, menschlich gesehen, nicht so tief in das Leben des kleinen Mannes ein wie der Kampf in Nordafrika, besonders in Algerien. Denn den zahlenmässig überwiegenden Anteil an den damals in Indochina eingesetzten Truppen stellten die Fremdenlegionäre. In Algerien aber kämpften Franzosen. Ein Teil dient gerade "aktiv"; ein anderer hat, obwohl die vorgesehene Friedensdienstzeit beendet war, die Uniform weiter anbehalten müssen; und ein dritter besteht aus jenen Reservisten, die sich eine bürgerliche Stellung geschaffen haben,

Ehemänner und Väter geworden sind. Sie wissen, dass Musserat beachtliche Einheiten bereits seit geraumer Zeit im Kampfgebiet operieren. Sie sehen, dass der Aufstand dennoch weder an Intensität, noch an Ausbreitung verloren hat. Und sie fürchten, dass sie nicht so bald wieder nach Hause kommen werden, ja, dass vielleicht noch mehr Reserveformationen aufgestellt werden müssen.

Die Masse Mensch in Frankreich besitzt keine Aktien in Nordafrika arbeitender Unternehmen. Es interessiert sie auch nicht sonderlich, dass zahlreiche Kapitalisten ihr Geld aus Algerien und Marokko abzuziehen suchen. Sie kann sich auch nur vage Vorstellungen darüber verschaffen, wie es um Frankreichs Wirtschaft, um die Versorgung der Lebens- und Genussmittelmärkte, um den Absatz französischer Waren bestellt sein würde, wenn in Algerien die antifranzösischen Gruppen sich durchsetzen. Das sind nach Meinung des kleinen Mannes spätere Sorgen. Sie werden dadurch, dass sie sich erst in der Zukunft in voller Blüte präsentieren können, nicht angenehmer, denn viele Millionen Franzosen wissen "drüben", in den gefährdeten Gebieten Verwandte und Freunde, deren Existenz, und vielleicht auch deren Leben auf dem Spiele steht.

#### Ein Aufstand, der kein Ende nimmt

Keine späteren Sorgen in diesem Sinne aber sind die, ob man morgen noch seine Stellung haben wird, dass man in einen Krieg zieht, obwohl doch angeblich Frieden herrscht auf der Welt, und dass man, wie bei einem echten Kriege, nicht ahnen kann, wie lange, wenn man das Ganze übersteht, die blutige Reserveübung dauern mag. Die Kämpfe in Algerien zeigen alle Merkmale eines Kolonialkrieges. Moderne, schwere, technische Waffen mögen gelegentlich Erfolg bringen. Im Ganzen aber ist es ein Krieg "im Dunkeln", ein Wüstenkampf, für den Überfälle, Angriffe auf kleine Einheiten, Schüsse aus dem Hinterhalt oft charakteristischer sind als Gefechte, in denen Tanks, Panzerwagen, Geschütze die entscheidende Rolle spielen. Gerade diese Eigenschaft des Afrikakrieges machen ihn verhasst, denn der Grad der Gefahr hängt nicht davon ab, wer die stärkeren, moderneren Waffen hat. Auch fehlt bei dieser Großaktion gegen die "Gesetzlosen" in Algerien, obwohl es sich ganz gewiss um national-französische Interessen handelt, das eigentlich nationale Moment. "Wir pfeifen auf Afrika", riefen eingezogene Reservisten. Sie würden nicht "auf Frankreich pfeifen", aber sie haben nur einmal - wenigstens sehr viele unter ihnen - das Gefühl, es gehe um eine Sache, die nur nebenbei auch die ihre ist.

#### Die Macht des Islams

Denn sie wissen, dass sie in Algerien nicht nur gegen "Algerier" kämpfen - gleichviel, was man unter einem Algerier verstehen will - sondern gegen die Welt des Islams. Die Aufständischen erhalten ihre Waffen aus Ägypten und anderen muselmanischen Ländern. Auch das nötige Kleingeld stammt von dort. Sogar die Propagandaquellen liegen jenseits der Grenzen. Und der kleine Mann fragt sich - und wird sich wohl noch eine ganze Weile fragen - wohin das alles führen soll oder führen kann. Er zieht in den Krieg. Er bleibt Soldat. Er liest, dass viel Unrecht geschehen war in Algerien bevor der Aufstand ausbrach. Er hört auch kommunistische Ansichten. Und er neigt dazu, diesen Krieg ebenfalls einen dreckigen zu nennen. Nicht weil er "dreckiger" ist als andere Kriege. Sondern weil er so vielen Menschen alles zerstört, was sie aufgebaut hatten, die sozialen Grundlagen der Existenz, das Familienleben und die Luftschlösser. Seine Hoffnung ist, dass dieser Krieg im neuen Jahre ein Ende findet. Aber hoffen und harren...

Große Koalition als goldener Käfig?

Uns ging folgende Zuschrift zu:

Das Gerücht um die Grosse Koalition geht weiter um. Dabei erscheint eine Bonner Koalition zwischen CDU und SPD nicht nur politischen Spekulanten und Opportunisten als günstiger Wind, sondern offenbar ist sie auch verantwortlich Denkenden - darunter einer Reihe von bedeutenden unabhängigen Kommentatoren - ein ernstes Anliegen. Gerade jetzt, da ein glückliches Bremen wieder die Ehe seiner Grossen Koalition neu begründete, wird diesen Leuten in Gedanken an eine entsprechende Verbindung im Bund warm ums Herz. Ganz abgesehen davon, dass es sich auch in Bremen nur um eine Vernunft- und keine Liebesheirat handelt, muss man bedenken, dass die Grosse Koalition auf der kommunalen, auf der Ebene der Stadtstaaten und vielleicht auch der Länder viel leichter möglich und praktikabel, ja bisweilen das einzig Gegebene und Vernünftige ist.

Auf der Ebene der tragenden Entscheidungen hat dagegen die Opposition eine Aufgabe grundsätzlicher Art. Sie hat der Hüter der Freiheit zu sein; je grösser und geschlossener sie ist, um so wirksamer wird sie es sein. Zumal einer Partei gegenüber, die das Machtmonopol hat und selbstherrlich benutzt. (Die Behandlung zweier ganz verschiedener Dinge, des Falles Dekler und des Kindergeldgesetzes, hat das eben erst deutlich gemacht.) Eine Regierungsbeteiligung würde heute und hier in der Wirkung nichts anderes als ein Handlangerdienst sein.

Der Konformismus ist ein Gemütsbedürfnis, aber der Geist der Demokratie erfordert die Fähigkeit, Spannungen und klare Fronten zu ertragen. Die Waage zwischen Opposition und Regierung ist eine bewährte Praxis in Demokratien, die zumindest alter und eingewurzelter sind als die unsere. Der Wettbewerbsgedanke erweist sich hier (mit seinen Licht- und natürlich auch seinen Schattenseiten) als ein echtes Zubehör der Freiheit. Die fähige politische Konkurrenz fördert das Geschäft der Demokratie und verhindert Stagnation und allzugrosse Sicherheit. In England weiss man besser als bei uns, dass die Opposition im Staatsganzen ihren festen Platz hat, weshalb

man ja auch ihren Führer im Parlament aus der Staatskasse bezahlt, und dass man der Demokratie und sich selbst Schaden antut, wenn man sie ausschliesslich majorisiert.

Auch solche Überlegungen und Hinweise zu einem beliebigen politischen Thema sind immer an eine bestimmte politische Situation gebunden. Sie können nicht Ausdruck einer unwandelbaren Einstellung in dieser Frage sein. Aber unter den gegenwärtigen Umständen gibt es auf bundesrepublikanischer Ebene sicher keine andere Möglichkeit als die der klaren Abgrenzung von Regierung und Opposition.

+ + +

Einprägsam und zutreffend

sp. In einer am Montag, dem 19. Dezember erschienenen längeren Vortrachtung zu den Landtagswahlen im Saargebiet am 18. Dezember schreibt die "Neue Zürcher Zeitung" zur Haltung der SPD - Landesverband Saar: "Im Wahlkampf hat sie entsprechend dem von der SPD in der Bundesrepublik gesteuerten Kurs ihre Opposition zur Bonner Politik sehr entschieden zur Geltung gebracht. Es war in ihrer letzten Massenversammlung in Saarbrücken, dass der für ihre Haltung bezeichnende Ausruf erklang, Bonn sei nicht Deutschland und Adenauer nicht das Vaterland.

Bei der allgemeinen Einstellung der "Neuen Zürcher Zeitung" zur deutschen Sozialdemokratie mag der Hinweis, dieser Ausruf sei für die sozialdemokratische Haltung bezeichnend, nicht unbedingt anerkennend gemeint sein. Aber man kann dem Schweizer Blatt dankbar sein, dass es in eigener Interpretation die sozialdemokratische Grundhaltung auf diese einprägsame und zutreffende Formel gebracht hat, die man sich ruhig, und vor allem im Ausland, merken sollte: "Bonn ist nicht Deutschland und Adenauer nicht das Vaterland."

Betrüblich ist freilich, dass diese selbstverständliche Haltung sozusagen als sozialdemokratische Besonderheit erscheint. Woran mag das wohl liegen?

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau